

Pressemitteilung

Energie ist lebenswichtig für Wirtschaft und Gesellschaft - Versorgungssicherheit und Energiekosten müssen gewährleistet werden

Langhof: „Schulen, Krankenhäuser sowie Altenheime dürfen nicht kalt bleiben, der Verzicht auf russisches Gas bricht insbesondere der ostdeutschen Wirtschaft das Rückgrat. Denkverbote müssen vermieden werden – Kohle und Kernenergie dürfen nicht tabu sein – erneuerbare Energien leisten kurzfristig keinen Beitrag zur Problemlösung.“

Magdeburg, 11. März 2022

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine und der seitdem geführte brutale Krieg haben die Maßstäbe der sicheren Energieversorgung in Sachsen-Anhalt und Deutschland innerhalb kurzer Zeit verändert. Es ist offensichtlich, wie stark die Versorgungssicherheit von Gas, Kohle und Öl aus Russland abhängt. Die Situation zeigt, wie wichtig es ist, den Energiemix perspektivisch ausgewogen zu gestalten. Deshalb ist es ein guter und richtiger Schritt, dass gegenwärtig auf politischer Ebene sämtliche Optionen durchgespielt werden, um die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit zu gewährleisten. Denkverbote sind nicht angebracht. Dazu gehört auch, weiter Energie aus Kohle- und Atomkraftwerken zeitlich befristet zu nutzen.

Die EU-Staaten sowie eine große Mehrheit der westlichen Länder haben entschieden und geschlossen mit umfassenden Sanktionsmaßnahmen auf den russischen Angriffskrieg reagiert. Die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e. V. (AWSA) stehen hinter diesen Maßnahmen. Die AWSA begrüßen die Haltung der Bundesregierung, anstelle von Eskalation durch ein Energieembargo auf die Verringerung von Abhängigkeiten zu setzen. Der Boykott von russischem Gas und Öl und damit ein Energieembargo trifft unsere Wirtschaft direkt und unmittelbar. Gerade bei industriellen Prozessen sowie beim Heizen fehlt es an Alternativen, die einen sofortigen Stopp der Gasimporte aus Russland auffangen können. Die energieintensiven und gasabhängigen Branchen, wie zum Beispiel Chemie, Glas und Keramik, Metallerzeugung und -verarbeitung sowie Steine und Erden, wären direkt von ausbleibenden Gaslieferungen massiv betroffen. Die Folgen wären das Einstellen der Produktion sowie unterbrochene Fertigungs- und Lieferketten und hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Unternehmen und ihre Beschäftigten sowie deren Familien.



Die Politik ist aufgerufen, die Bürger und Unternehmen durch eine Absenkung der Abgaben für Kraftstoff und Strom sofort zu entlasten. Der Staat verdient durch seine Steuern und Abgaben auf Energie mit und kann deshalb schnell eingreifen und einen Teil der Mehreinnahmen zurückgeben.

Marco Langhof, Sachsen-Anhalts Arbeitgeberpräsident, sagt dazu: „Der durch Russland geführte Krieg gegen die Ukraine hat die strategische Situation komplett verschoben. Dem müssen sich Politik und Wirtschaft bei der Energieversorgung und Energiewende nun stellen.

Konkret bedeutet das, dass

- Kraftstoff- und Strompreis sofort gesenkt werden (z. B. Abschaffung der CO₂-Umlage, Senkung der Mehrwertsteuer sowie Energiesteuer)
- kurzfristig ALLE Optionen zur eigenständigen Versorgung – also auch Kohle- und Kernenergie – aktiviert werden müssen,
- mittel- und langfristig die Nutzung der erneuerbaren Energien ausgereizt werden muss,
- der dazu notwendige Umbau der Energieversorgung mit höchster Priorität beschleunigt werden muss und für all das
- Planungs- und Genehmigungsverfahren extrem beschleunigt werden müssen.

Der gesamte Prozess der Transformation der Energieversorgung wird mit Härten und Problemen verbunden sein. Er muss daher wirtschafts- und sozialpolitisch sorgfältig abgefedert werden, um die wirtschaftlichen und sozialen Schäden zu minimieren.

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e. V. (AWSA)

Die AWSA sind die Dachorganisation aller Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Sachsen-Anhalt. Sie nehmen parteiunabhängig die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Mitgliedsverbände wahr. Gegenüber der Regierung, dem Parlament, den Behörden, Parteien, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und anderen setzen sich die AWSA für die Mitgliedsbelange ein, nehmen Stellung und sind beratend tätig. Die AWSA sind Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

Pressesprecher:

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e. V.

Herr Jan Pasemann

Humboldtstraße 14, 39112 Magdeburg

Tel. +49 (0)391-62 888 51

Mobil: +49 (0) 152-54 59 47 69

E-Mail: pasemann@aw-sa.de